

1714/AB XX.GP

Die Abgeordneten Mag. Karl SCHWEITZER und Genossen haben am 22. Jänner 1997 unter der Nr. 1832/J an mich eine schriftliche Anfrage betreffend Meinungsumfragen über die Europäische Union gerichtet, welche den folgenden Wortlaut hat :

"1. Wieviele Meinungsumfragen, die sich mit dem Thema Europäische Union befassen, wurden 1996 von Ihrem Ministerium in Auftrag gegeben?

2. Wie hoch waren die Gesamtkosten für sämtliche Meinungsumfragen über das Thema Europäische Union, die 1996 von Ihrem Ministerium in Auftrag gegeben wurden?

3. Gibt es eine detaillierte Kostenaufstellung für jede einzelne Meinungsumfrage?

Wenn ja, wie sieht diese aus?

4. Welche Institute wurden mit der Durchführung der von Ihrem Ressort in Auftrag gegebenen Meinungsumfragen betraut und aus welchen Gründen?

5. Gibt es eine genaue Auflistung der jeweiligen Meinungsumfragen mit dem genauen Wortlaut und den detaillierten Ergebnissen?

Wenn ja, wie sieht diese aus?

Wenn nein, warum nicht?

6. Welche Intentionen stehen hinter diesen Meinungsumfragen bzw. was wollten sie mit jeder einzelnen bewirken?

7. Standen die Ergebnisse der durchgeführten Umfragen lediglich Ihrem Ressort zur Verfügung bzw. wem wurden diese zur Verfügung gestellt?

8. Sind sie der Ansicht, daß diese Meinungsumfragen zur Aufklärung der österreichischen Bevölkerung in bezug auf die Europäische Union beigetragen haben?

Wenn ja, inwiefern?

Wenn nein, finden sie die dafür angefallenen Kosten gerechtfertigt?

9. Wurden 1996 von Ihrem Ressort auch Meinungsumfragen zu anderen außenpolitisch relevanten Themen in Auftrag gegeben?

Wenn ja, welche und was war ihr Ergebnis?

Wenn nein, warum nicht?

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten :

Zu Frage 1:

Vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten wurden 1996 zwei Meinungsumfragen zu nachstehenden Themen beim Fessel + GfK-Institut in Auftrag gegeben :

1) "Osterweiterung der EU"

2) "Europapolitische Kompetenz"

Zu Frage 2:

Die Gesamtkosten waren öS 162.000,--

Zu Frage 3:

Ja. Folgende Rechnungen wurden vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten beglichen :

- 1) "Osterweiterung der EU" öS 42.000,--
- 2) "Europapolitische Kompetenz " öS 120.000,--.

Zu Frage 4:

Mit der Durchführung dieser Meinungsumfragen wurde aufgrund einschlägiger Erfahrungen und erfolgreicher Auftragsabwicklungen das Fessel + GfK-Institut betraut .

Zu Frage 5:

Bei der Meinungsumfrage zum Thema "Osterweiterung der EU wurden 500 Österreicher bundesweit telefonisch befragt: Als Ergebnis wurde das Thema "Osterweiterung der EU" von 59% als wichtig, von 26 % als unwichtig angesehen. Nach Ansicht der Befragten stehe man der Osterweiterung um so positiver gegenüber, je besser man informiert sei . Eine Mehrheit der Befragten zeigte eine positive Haltung zu einem EU-Beitritt der östlichen Nachbarländer Österreichs .

Bei der Meinungsumfrage "Europapolitische Kompetenz" wurden 500 Österreicher bundesweit telefonisch befragt : Als kompetenteste Vertreter der österreichischen Interessen in der EU wurden dabei der Bundeskanzler und der Außenminister angesehen. Die in dieser Studie durchgeführte Replikation und Ausweitung der Frage nach der Osterweiterung der EU erbrachte eine größere Mehrheit als in der erstgenannten Studie für einen EU-Beitritt der östlichen Nachbarländer und eine Mehrheit für einen EU-Beitritt der baltischen Staaten .

Zu Frage 6:

Die Meinungsumfragen dienen der Erhebung der Einstellung und des Informationsstandes der österreichischen Bevölkerung zum EU-Bereich.

Zu Frage 7:

Das Ergebnis der Meinungsumfragen stand dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten zur Verfügung und wurde von mir bei Pressegesprächen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Zu Frage 8:

Meinungsumfragen dienen nicht der Aufklärung der österreichischen Bevölkerung. Sie tragen jedoch indirekt dazu bei, weil aufgrund der Ergebnisse Informationsdefizite behoben oder Interessenschwerpunkte besser berücksichtigt werden können.

Zu Frage 9:

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten hat 1996 auch eine Meinungsumfrage zum Thema "Mediennutzung, Medieninteresse und gesellschaftspolitische Orientierungen" in Auftrag gegeben.

Dabei wurden 4.500 Österreicher bundesweit schriftlich befragt. Erhoben wurden Interessen im Hinblick auf Themen der medialen Berichterstattung, detaillierte Informationen zur Mediennutzung in Printmedien und audiovisuellen Medien. Das Ergebnis soll eine bessere Beurteilung der Informationsaktivitäten des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten ermöglichen.